

Mit Bildung gegen Rechts

Extreme Einstellungen gibt es in allen Bevölkerungsgruppen – Landkreis aktiv

VON BETTINA MANGOLD

SCHWALM-EDER. „Rechtsextremismus ist kein Randphänomen, sondern ein Problem der Mitte unserer Gesellschaft“, sagte Marliese Weißmann, Soziologin der Universität Leipzig, bei der Vorstellung einer neuen Studie zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland der Friedrich-Ebert-Stiftung im Hardehäuser Hof in Fritzlar.

100 Zuhörer verfolgten die Darstellung der Ergebnisse der Studie und die anschließende Diskussionsrunde mit Silvia Scheffer (Diakonie), Günter Rudolph (SPD) und Mitautorin der Studie Marliese Weißmann unter Moderation von Stephan Bürger, Leiter des Projekts „Gewalt geht nicht“ des Schwalm-Eder Kreises.

Bildungsangebote helfen

Die Befragung von 2411 Personen im Alter von 14 bis 90 Jahren ergab rechtsextremistische Einstellungen in allen Bevölkerungsgruppen. Die Zustimmung zu rechtsextremistischen Gedanken steige mit dem Lebensalter und mit Verschlechterung der Wirtschaftslage. Männer bekennen sich eher dazu als Frauen. Je höher der Bildungsstand der Befragten ist, desto weniger werden rechtsextremistische Einstellungen befürwortet.



Sie informierten: Stephan Bürger (Projektleiter Gewalt geht nicht) und Achim Kaiser (Leiter der Kriminalinspektion). Foto: Mangold

tet. Bildung diene also als Schutzfaktor, meinte Weißmann. Sie riet daher zu mehr Bildungsangeboten für alle Altersgruppen. Wichtig sei die Möglichkeit zu interkulturellen Erfahrungen, beispielsweise Diskussionsrunden zu organisieren, Moscheen zu besu-

chen und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Im Vergleich zu vorherigen Studien zum Thema Rechtsextremismus könne es keine Entwarnung geben, sagte Weißmann. Die hohen Zustimmungswerte bei Fragen zur Ausländerfeindlichkeit,

zum Chauvinismus im Sinne eines übersteigerten Nationalgefühls mit Ablehnung von Fremdgruppen und zum Sozialdarwinismus, der natürlichen Überlegenheit der Stärkeren über die Schwachen, seien bedenklich.

Mehr als jeder zehnte Deutsche wünsche sich einen Führer, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert. Die Zustimmung zu Diktatur und Ausländerfeindlichkeit habe im Vergleich mit der letzten Studie im Jahr 2008 noch zugenommen. Ein Viertel der Befragten äußerte sich ausländerfeindlich, mehr als fünf Prozent befürworteten eine Diktatur. Interessant sei, dass sich in Ostdeutschland über 40 Prozent der Befragten überfremdet durch Ausländer fühlen bei einem realen Ausländeranteil von nur zwei Prozent der Bevölkerung.

Die Idee der Demokratie befürworteten zwar 90 Prozent der Befragten, jedoch nur 40 Prozent glauben, dass sie funktioniert. Wie bei der Befragung im Jahr 2008 glauben nur 10 Prozent, dass es sinnvoll sei, sich politisch zu engagieren, nur sechs Prozent denken, dass sie politischen Einfluss haben können.

Die Studie mit ihren Ergebnissen kann nachgelesen werden unter: <http://library.fes.de>

HINTERGRUND

Projekt „Gewalt geht nicht“ seit 2008

Seit Gründung des Projektes „Gewalt geht nicht“ im Jahr 2008 und der Partnerschaft mit der Polizei habe sich viel getan, meinte Achim Kaiser, Leiter der Kriminalinspektion Homberg. An Konfliktpunkten wie öffentlichen Tanzveranstaltungen, Kirmessen und

Gaststätten habe die Präsenz der Polizei und die Zusammenarbeit mit Bürgermeistern, Ordnungsämtern, Jugendarbeitern und Kirmesburschenschaften dazu beigetragen, die körperliche Gewalt, die von der rechten Szene ausgeht, zu senken.